

Elke Scherstjanoi/Ralph Sowart

Vergleichende Betrachtungen zu Krisenverlauf, Krisenwahrnehmung und Krisenmanagement 1952/53 und 1960/61

1. Ein Blick auf die fünfziger Jahre: historische Sachverhalte und theoretische Vorüberlegungen

In der Geschichte der SED als Staatspartei stellen die fünfziger Jahre die Konsolidierungsphase dar. Sie waren zugleich ein Jahrzehnt weiterer sozialer Umgestaltung im Anschluß an tiefgehende Enteignungs-, Umverteilungs- und Verstaatlichungsprozesse in Ostdeutschland im Rahmen von Demilitarisierung und Denazifizierung nach Kriegsende. Mit sowjetischer Hilfe zum politischen Hegemon in Ostdeutschland geworden, hatte die SED schrittweise Strukturen und Mechanismen einer Partei neuen Typs angenommen sowie Sozialismuskonzepte und Herrschaftsinstrumente vom Vorbild KPdSU aufgegriffen. Nach der DDR-Gründung versuchte die SED, als herrschende Partei auf eigenen Füßen zu stehen, was bei aller Einsicht in die Notwendigkeit manifester sowjetischer Unterstützung gelegentliche Reibereien mit der Besatzungsmacht hervorbrachte. Die Versuche der SED-Führung, sich von Moskau „abzunabeln“, die, um im Bild zu bleiben, weder die Familienbande zerstören noch die geltenden Hierarchien umstoßen sollten, werden heute von einigen Historikern als eine Art Unbotmäßigkeit gegenüber der Großmacht behandelt¹. Der politische und der herrschafts-psychologische Hintergrund dieses Verhaltens waren bislang kaum Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchungen. Betrachtet man jedoch das SED-Krisenverhalten im Vergleich, so stellen die Verselbständigungsversuche und -erfahrungen einen wichtigen Fokus dar. Unter den im folgenden skizzierten Phänomenen der Krisenwahrnehmung und des Krisenmanagements sollen die Kommunikation und die Kooperation der SED mit der Siegermacht UdSSR, der Führungsmacht im sich formierenden Ostblock, und der KPdSU im Zentrum stehen. Der Stand der empirischen Forschung setzt einem solchen Vergleich allerdings gewisse Grenzen.

Noch in den fünfziger Jahren nahm die SED unter den Staatsparteien eine besondere Stellung ein. Sie war nicht nur, wie andere auch, eine von der KPdSU abhängige kommunistische Partei neuen Typs. Sie hatte als deutsche Partei im Bündnis der Bruderparteien mehr nachzuweisen als nur Kooperationsfähigkeit; sie mußte mehr abbauen als nur den alle treffenden Verdacht, nationale Interessen überzubewerten. Die SED war unter den Parteien in der sich formierenden außen- und sicherheits-

¹ Siehe Harrison, Sowjetunion. Sie betrachtet das Verhältnis DDR-UdSSR unter dem Aspekt der besonderen Rolle von „Superalliierten“.

politischen Gemeinschaft des Ostens auch die einzige mit einem im Westen nicht akzeptierten Status. „Ihr“ Staat war zu Beginn des Untersuchungszeitraumes in die befriedete Staatengemeinschaft noch nicht aufgenommen, und auch nachdem die UdSSR der DDR volle Souveränität zugestanden hatte, blieb diese im Westen nicht anerkannt. Lange mußte die SED mit der Gefahr leben, im weltpolitischen Kalkül der östlichen Siegermacht geopfert zu werden, denn eine politisch-staatliche Wiedervereinigung der beiden Teile Deutschlands hätte ihre Existenz ernsthaft gefährdet. Erst ab Mitte des Jahrzehntes konnte die Führungsriege um Walter Ulbricht einigermmaßen sicher sein, daß die deutschlandpolitischen Angebote der Sowjetunion die fortgeschrittene Teilung und mithin die politischen und sozialen Veränderungen im Osten Deutschlands zumindest mittelfristig nicht in Frage stellten. Zugleich war die SED die im nationalen Rahmen am wenigsten akzeptierte prosowjetische Partei. Vor diesem Hintergrund einer zunächst fragilen und nur schrittweise stabiler werdenden Blockintegration war das Herrschaftsverhalten der SED-Führung insbesondere in Krisenzeiten von besonderen Problemen geprägt. Schwierigkeiten bei der Abstimmung mit der KPdSU-Spitze waren in den internationalen und den bilateralen Verhältnissen regelrecht angelegt. Darüber hinaus kamen andere objektive und subjektive Eigenheiten zum Tragen, die zu ergründen an dieser Stelle nicht der Platz ist. Hier geht es eher um politisch-praktische Handlungsweisen. Die Ereignisse von 1952/53 und 1960/61 in der DDR sollen in diesem Beitrag dahingehend verglichen werden, zu welchen Lageeinschätzungen SED und sowjetische Führung gelangten, wie sie sich abstimmten, welche konkreten Maßnahmen sie ergriffen und welchen Einfluß ihr Verhalten auf den Krisenverlauf nahm.

Zunächst aber ist eine Präzisierung des Krisenbegriffs angebracht. In Anlehnung an die Krisenforschung der siebziger Jahre² ist im folgenden mit Krise eine *ernste Bedrohungssituation für das Herrschafts- und Machtgefüge* gemeint. „Krise“ ist – so verstanden – kein Ersatz für „Konflikt“. Konflikte liegen einer Bedrohungssituation häufig zugrunde, müssen aber nicht in eine Krise führen. „Eine Krise ist [...] eine Situation, in der das bisherige Verhalten irgendwelcher wichtiger Akteure *unter Zeitdruck geändert* werden muß, wenn nicht ein ganz großer Wertverlust oder eine schwere Schädigung des Systems eintreten soll“, formulierte Karl W. Deutsch 1973³. Auch in diesem Beitrag geht es um „*Herrschaftskrisen*“, verstanden als prozessuale Erscheinungen⁴. Krisen dieser Art können – in allen Systemen – von tief-

² Die politikwissenschaftliche Friedens- und Konfliktforschung förderte seit den siebziger Jahren auch zeithistorische Betrachtungen zu Herrschaftskrisen als Folge sozialer, politischer und kultureller konfliktärer Verhältnisse. Mit Definitions- und Differenzierungsversuchen trug sie erheblich zur Klärung der Rolle von Konflikten und Krisen in der politischen Geschichte verschiedener Systeme bei. Krisen im Staatssozialismus sowjetischen Typs wurden allerdings weniger detailliert untersucht und theoretisch reflektiert. Siehe Jänicke, Politische Systemkrisen; ders., Herrschaft; Elsenhans/Jänicke, Innere Systemkrisen; Gurr, Rebellion.

³ Deutsch, Verständnis, S. 93 [Hervorhebung von den Autoren].

⁴ Siehe Offe, Krisen, S. 199. Offe polemisiert mit seiner Forderung nach einem prozessualen Krisenbegriff gegen den oben zitierten Deutsch. Dieser sehe in Krisen punktuelle, katastrophentypische, überraschende, unvorhersehbare Ereignisse, was es schwierig mache, die Krisenhaftigkeit eines sozialen Systems zu beschreiben. Die Verfasser verstehen Deutsch so nicht und versuchen, sowohl die jeweiligen Entwicklungstendenzen als auch den Qualitätssprung der akuten Systemgefährdung im Auge zu behalten.

greifenden Erschütterungen wirtschaftlicher Strukturen und Abläufe hervorgerufen sein, aber auch von außen- oder sicherheitspolitischen Fehlentscheidungen mit manifestem Delegitimierungseffekt. In der Regel sind die Herrschaftsträger dann massiv mit Illoyalität und offener Feindseligkeit der Bevölkerung konfrontiert. Die SED erfuhr solche Erschütterungen dreimal: 1953, 1961 und 1989/90⁵. Im Mittelpunkt der folgenden Betrachtungen stehen die ersten beiden Krisen, sie rahmen den erörterten Untersuchungszeitraum der fünfziger Jahre ein.

Häufig ist im Zusammenhang mit Krisen in staatssozialistischen Systemen von gesamtgesellschaftlicher oder von Systemkrise die Rede. „*Gesamtgesellschaftliche Krise*“ oder „*Gesellschaftskrise*“ soll unterstreichen, daß nicht etwa nur ein Bereich der Gesellschaft, beispielsweise die Industrieproduktion oder das Bildungswesen, betroffen ist. Herrschaftskrisen, wie sie hier thematisiert werden, haben in der Tat meist einen komplexen Hintergrund. Sie können mehrere, sehr unterschiedliche Ursachen haben und erfassen keinesfalls nur das Feld der großen Politik. Doch der Grad der Komplexität bei Ursachen und Verlauf der Ereignisse, mithin ihre mögliche Qualifizierung als „gesamtgesellschaftliche“ Krise, stehen in keinem direkten, schon gar nicht in einem direkt proportionalen Verhältnis zum Grad der Erschütterung der Machtverhältnisse. Denn ein Herrschaftsgebäude steht und fällt nicht unbedingt mit der Stabilität der Verhältnisse in allen Gesellschaftsbereichen, auch nicht bei einem hohen Maß an ideologischer „Verzahnung“. Eine Häufung von „Schwierigkeiten“, „Widersprüchen“ und „Konflikten“ in verschiedenen Segmenten der Gesellschaft kann zwar eine Herrschafts- oder Regimekrise rascher hervorrufen. Wer von „gesamtgesellschaftlicher“ Krise spricht, suggeriert aber immer das Vorhandensein von überall grundsätzlicher Infragestellung der Verhältnisse, was gar nicht der Fall sein muß. Hier soll weitgehend darauf verzichtet werden, den Streit um die Charakterisierung als „Gesellschaftskrise“ aufzugreifen; allzu häufig werden solche Worte nur gewählt, um politische Vorbehalte gegen den Untersuchungsgegenstand kundzutun, ganz so als verlange der Nachweis von Illegitimität und Unrechtmäßigkeit eines Regimes den Beleg totaler, gesellschaftsweiter Dysfunktion – wo nicht über alle Jahre hinweg, da zumindest für jede einzelne Krisensituation⁶. Im Gegenteil ist es für den Vergleich sinnvoll, nach dem realen Konfliktpotential in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen zu fragen und den Blick auf

⁵ An dieser Stelle sei klargestellt, daß unter dem Begriff Berlin-Krise sowohl im Falle von 1948/49 als auch im Falle 1958/59 Ereignisse zu verstehen sind, die nicht zu den hier behandelten Krisen gehören. Sie waren keine internen SED-Herrschaftskrisen. Es handelte sich um unabhängig und außerhalb der SED-Herrschaft angelegte und ausgetragene Konflikte zwischen den Siegermächten, die nur insofern relevant für die SED waren, als ihr Ausgang Folgen für die deutsche Frage hatte. Im Falle der zweiten Krise diente die Berlin-Problematik allerdings auch als ein bewußt ins Feld geführtes Schlüsselement politischer Konfliktbewältigung, das den Verlauf der Ereignisse beeinflusste. Harrison, Sowjetunion, qualifiziert die Ereignisse 1958–60 auch als eine Krise innerhalb des Sowjetblocks und eine Krise zwischen der sowjetischen und der ostdeutschen Führung. Dies ist eine überzogene Einschätzung. Treffender spricht Lemke, Berlinkrise, von Dissonanzen, widersprüchlicher Kooperation, Konflikten und einem Spannungsverhältnis zwischen den Bündnispartnern.

⁶ So spricht Kowalczyk, Legitimation, S. 119, für 1952/53 von „offenen und die gesamte Gesellschaft erfassenden Verfallserscheinungen“. Damit bedient er sich freilich der Sprache genau des Geistes, den er in der Hochschulpolitik der SED bloßstellen will.

die Verläufe von Krisengenesi, Krisenwahrnehmung und Krisenmanagement durch überzogene Hypothesen nicht zu verstellen.

Der Terminus „Systemkrise“ tangiert die Frage nach der Art von Störung und Bedrohung. Wenn „systemisch“ mehr meinen soll als nur „aus den vorhandenen Verhältnissen resultierend“⁷, dann laufen die Betrachtungen auf die Fragen hinaus, ob Kausalzusammenhänge für das System zu verallgemeinern sind, ob Widersprüche, Konflikte und Krisen im Staatssozialismus als systemisch notwendige Erscheinungen zu verstehen sind, oder anders: ob sie in den Wesensmerkmalen des Regimes und seiner sozialen Basis angelegt waren⁸. Die immanenten Widersprüche des Staatssozialismus in ihrer Entwicklungspotenz betrachtend, markierte Ernst Wurl drei „Widerspruchsfelder“: (1) die Verstaatlichung der wichtigsten Produktionsmittel anstelle ihrer realen Vergesellschaftung, (2) die „Verstaatlichung“ des Individuums anstelle seiner Partizipation an der politischen Gestaltung der Gesellschaft, und (3) die Monopolisierung der politischen Macht durch eine marxistisch-leninistische Partei anstelle der differenzierten Ausgestaltung und Pluralisierung von Macht⁹. All diese Prozesse kamen in der DDR der fünfziger Jahre bereits zum Tragen. Obgleich sich die DDR-Gesellschaft in ihren systemtypischen Grundelementen erst herausbildete, brachten die genannten Widerspruchsfelder bereits soziale und politische Konflikte hervor. So gesehen tendierte Staatssozialismus seit der Entstehungsphase „des Systems“ permanent zur Krise.

Andererseits war gerade die Entstehung dieses Systems von einem besonderen Bezug zu krisenbefördernden Konflikten geprägt. Die „protosozialistische“ Gesellschaft war allein schon wegen des Übergangscharakters der sie tragenden sozialen Verhältnisse wesensmäßig konfliktgeladen. Das Regime bewerkstelligte zielgerichtet sozialen Umbruch. Die grundsätzliche Infragestellung bestehender Verhältnisse und Strukturen sollte ja gerade den „Aufbau des Sozialismus“ ausmachen. Konflikte, die aus diesem Vorhaben resultierten, betrachtete die SED – wie alle kommunistischen Parteien – als Bestandteil von Klassenkampf. Folglich ist nicht jeder soziale Widerspruch dieser Zeit als Ausdruck herrschaftlichen Unvermögens zu interpretieren, nicht jeder Konflikt war ausschließlich „Panne“. Daß die Widersprüche, selbstredend in Abhängigkeit von den internationalen Bedingungen, das Ausmaß ernster Gefährdung kommunistischer Machtpositionen annehmen konnte, war nicht nur theoretisches Einmaleins des Marxismus-Leninismus, sondern praxisrelevante Erfahrung¹⁰.

Bei allen erwarteten Herausforderungen, der SED ging es natürlich um Machtstabilisierung. Umgekehrt formuliert entspricht die Aussage der besonderen Logik der Übergangsphase: Es ging ihr auch *wegen* der Herausforderungen um Machtstabilisierung.

⁷ Unter generalisierender Verwendung des Systembegriffs spricht Hermann Wentker in einer vergleichenden Betrachtung für 1952/53 von einer „systembedingten Wirtschafts-, Finanz- und Ernährungskrise“; auch 1989 hätte der Systemkrise eine Wirtschafts- und Finanzkrise zugrunde gelegen. Was „System“ konkret 1952 und 1989 ausmachte, blieb unklar. Siehe Wentker, Arbeiteraufstand, S. 387. Von einer „innergesellschaftlichen Krise des stalinistischen Systems“ spricht Bollinger, Entstalinisierungskrise, S. 157.

⁸ Dazu unlängst Bollinger, Konflikte.

⁹ Wurl, Widersprüche, S. 19 f.

¹⁰ Die SED nannte solche Gefährdungen nicht „Krise“, doch daraus ist kein Mangel an Krisenverständnis abzuleiten. Gleichwohl gilt uneingeschränkt: „Eine DDR- bzw. sozialismusbezogene Krisenforschung existierte nicht.“ (Prieß/Eckert, Verhaltensmuster, S. 99).

sierung. Für das soziale Projekt, dessen „Gesetzmäßigkeiten“ die Staatspartei allein erkannt zu haben vorgab, brauchte sie weitgehend stabile Machtverhältnisse. Damit ist das vor 30 Jahren schon von Martin Jänicke herausgestellte Phänomen begründet, daß im Staatssozialismus die vehementesten Sozio-Destabilisierer (Zustandsbrecher) gleichzeitig die energischsten Macht-Stabilisierer (Zustandserhalter) sein mußten. Die gewollte Labilität der Gesellschaftsstrukturen – anders gesagt: der von oben initiierte Konflikt – *verstärkte notwendigerweise die Krisenanfälligkeit des den Umbruch vorantreibenden Regimes* und verursachte staatlich-politische Dysfunktionen¹¹. Martin Jänicke brachte dies in Zusammenhang mit einer wichtigen Eigenschaft des vorangetriebenen Umbruchs, eben seiner enormen Verstaatlichung, und sprach auch im Zusammenhang mit der Krise von 1953 von einer „*staatsabhängigen Übergangsgesellschaft*“ *sowjetisch-sozialistischen Typs*. Nicht die Identität von „Zustandsbrechern“ und „Zustandserhaltern“ an sich war seiner Ansicht nach ausschlaggebend für die Qualität der Krise gewesen, sondern die extreme „Verstaatlichung“ des Akteurs. Ein bürokratisch-autoritärer Einparteistaat verkünde, den Kapitalismus zu überwinden, und begründe damit zugleich – unter Beibehaltung alter Legitimationsmuster wie der Formel vom Absterben des Staates – seine weiterreichende Existenzberechtigung. Das höchste Maß an Verstaatlichung erreiche der Umbruch, wenn der monopol-bürokratische Staat die Aufhebung privatkapitalistischer Eigentumsformen in Angriff nehme. Dann sei der Staat Krisenproduzent und Krisenmanager in einem. Er würde zur allseits transformierenden, mobilisierenden und kontrollierenden Kraft, zur omnipotenten Konfliktpartei¹².

Die SED erwartete in den fünfziger Jahren Widersprüche und Konflikte, um – so die dogmatische Vision – durch herrschaftsgestützte Bewältigung Verhältnisse zu schaffen, die durch weniger und nichtantagonistische Widersprüche geprägt waren. Die Vorstellungen vom Charakter dieser neuen Widersprüche waren unklar und einem naiven Harmonisierungsbedürfnis entlehnt. Das Anliegen war illusionär und in der Konsequenz gewissermaßen asozial. Als stalinistische Partei erhob die SED zugleich den Anspruch, die Austragung der Interessenkonflikte in der Gesellschaft (solcher, die vom spezifischen Sozialumbruch herrührten, und anderer) allein in die richtige, dem vermeintlichen Endziel dienende Richtung lenken zu können. Angesichts solcher selbstgesteckter Ziele der Bewältigung krisenbefördernder sozialer Umgestaltungen mußte sich das Regime beständig eines hinlänglichen Zuspruchs versichern.

Ob eine solche Herrschaft bei ihrer Installation ausreichend (was heißt das im historischen Kontext?) demokratisch legitimiert ist, ist dabei zweitrangig, wenn es ihr nur gelingt, Demokratie und Emanzipation so zu entfalten, daß die genannten Widerspruchsfelder möglichst rasch und umfassend reduziert werden. Das Legitimationsdefizit, mit dem die SED-Hegemonie begann, sagt daher über die Krisenanfälligkeit der Herrschaft oder gar des „Systems“ noch wenig aus. Ausschlaggebend ist, wie der „Zustandsbrecher/Zustandserhalter“ diese seine Doppelrolle in Konflikt und Krise ausfüllt. Erst dies bestimmt die weitere Entwicklung von Regime und Gesellschaft.

¹¹ Siehe Jänicke, *Krise*, S. 149.

¹² Ebenda, S. 149f.

Auch für die Fähigkeit zum Krisenmanagement, das das Ziel verfolgte, die Probleme und Konflikte rechtzeitig zu lösen oder zumindest zu entschärfen, könnte man versuchen, eher strukturelle oder eher kontingente Faktoren zu bestimmen. Dies würde den folgenden Beitrag jedoch überfordern. Statt dessen sei die Entwicklung der SED als „Zustandsbrecher/Zustandserhalter“ in den fünfziger Jahren allgemein charakterisiert¹³: Strukturell nur bedingt innovationsfähig, mit ausgeprägter Tendenz zu Voluntarismus und Subjektivismus, war die Staatspartei SED gleichwohl in der Lage, Erfahrungen zu sammeln, die ihrer Doppellrolle zugute kamen. Ein Teil der Erfahrungen war Bestandteil der Lehre von der „Diktatur des Proletariats“, ihre Anwendbarkeit sollte die Praxis zeigen. Dabei ging man zwar von einer Reihe Axiome aus. Doch so flexibel war der Marxismus/Leninismus allemal, daß er neue Erkenntnisse zur Kunst des Machterhalts und zur Gewährleistung des Sozialisierungsvorhabens als „schöpferische Weiterentwicklung“ integrierte. Die SED konnte auch auf die Volksdemokratien schauen, denn Mittel, Wege und Tempi der Sozialisierung galten allgemein als modifizierbar. Wie weit eine Bruderpartei ihren Weg vom sowjetischen unterscheiden wollte, war Gegenstand blockinterner Erörterungen und Machtkämpfe, die im engen Zusammenhang zur internationalen Lage vonstatten gingen. In diesem Kontext verdient hervorgehoben zu werden, daß die Krise 1953 den ostdeutschen Teilstaat im Moment fortbestehenden Besatzungs- und Kriegsrechts sowie unklarer deutschlandpolitischer Orientierung der sowjetischen Siegermacht erfaßte¹⁴. Im Jahr 1961 war die DDR ein außenpolitisch aktiver Staat, der obendrein gerade erst eine Quasi-Anerkennung durch den Westen erfahren hatte, als man seine Vertreter im Sommer 1959 gleichberechtigt neben einer bundesdeutschen Delegation zur Genfer Außenministerkonferenz lud. Ihre Stellung im RGW war gefestigt.

Eigener Erfahrungsgewinn sowohl beim Intensivieren sozialer Umbrüche als auch beim Erkennen und Behandeln von Krisensymptomen kommt hinzu. Die hier zu vergleichenden Bedrohungssituationen erfaßten das Regime in unterschiedlichen Momenten der Systemkonsolidierung. Während 1953 noch keineswegs davon die Rede sein konnte, daß die bereits sozialisierten und staatsgelenkten Segmente der Gesellschaft (die zentralgeplante volkseigene Wirtschaft, die SED-dominierte Kultur und Bildung, der hypertrophe Polizei- und Sicherheitsbereich) optimal im Sinne der SED-Herrschaft funktionierten, hatten sich gegen Ende der fünfziger Jahre staatliche und politische Institutionen herausgebildet, die in Maßen flexibel waren und eine gewisse Belebung von unten ermöglichten. Die SED übte am Ende der Dekade mit ihren Wirtschaftsgremien und mit eigenen Experten größeren Einfluß auf die Volkswirtschaft aus als zu Beginn der fünfziger Jahre. Zwar war mit den ersten Versuchen, den SED-Apparat zu einer Koordinierungsstelle in Wirtschaftsfragen zu machen, neuer Konfliktraum geschaffen, doch der erwies sich als beherrschbar. Aktive oppositionelle Kräfte waren vertrieben oder ausgeschaltet, innerparteiliche Kritik in feste Bahnen gelenkt. Beklagte die SED-Führung auch noch immer alte und neue Unzulänglichkeiten in der Lenkung der Wirtschaft, bei der Mobilisierung

¹³ Zur inneren Entwicklung der SED in den fünfziger Jahren liegen ausführliche Darstellungen vor. Siehe Richert, Macht; Schultz, Funktionär; Ludz, Partielite; Meuschel, Legitimation. Beispiele neuerer Publikationen: Herbst/Stephan/Winkler, Die SED; Klein, Einheit.

¹⁴ Siehe Scherstjanoi, Sowjetische Deutschlandpolitik.

aller Ressourcen und bei der politischen Beeinflussung der Bevölkerung, so hatten ihre Funktionäre doch in der Praxis gelernt – sowohl verwaltungstechnisch als auch politisch. Die „policy-making capacity“¹⁵ des SED-Staates hatte zugenommen.

Von besonderem Wert waren die Konflikt Erfahrungen von 1956/57. Der XX. Parteitag der KPdSU und die Ereignisse in Polen und Ungarn hatten erhebliche Verunsicherung in den Reihen der SED ausgelöst (nicht minder starke als der Neue Kurs 1953) und vor allem unter Intellektuellen landesweit für offenen Protest gegen die SED-Führung gesorgt. Die Situation in der DDR war, insbesondere nach der Zementierung der Teilung Deutschlands 1954/55, durchaus „krisenwürdig“. Doch es gelang der SED unter Walter Ulbricht, die Krisenherde zu isolieren und Krisenpotential – echtes und vermeintliches – energisch zu unterdrücken. Eine Eskalation des Konfliktes wurde verhindert.

Die Vorüberlegungen zusammenfassend, ist also festzustellen, daß die Konsolidierungsphase des Staatssozialismus *erwartungsgemäß* eine *latente Bedrohung* für die Machthaber darstellte, die aus *selbstgewähltem Veränderungsdruck* erwuchs. Aus dieser Tatsache leitete Stalin übrigens seine verheerende These von der gesetzmäßigen Verschärfung des Klassenkampfes beim Sozialismusaufbau ab. Was diese These für das Krisenmanagement bewirkte, ist konkret zu untersuchen. Für den Fortbestand des Regimes war es wichtig – und die Staatsparteien sahen das alle so –, *manifeste Regimekrisen* und *offene Konflikte größeren Ausmaßes* zu vermeiden, indem es den zu erwartenden Verlust an Ansehen und Legitimität, vielleicht sogar partielle Handlungsunfähigkeit, einkalkulierte und möglichst rasch zu kompensieren versuchte, ohne das Ziel zu beschädigen. Probleme, die den erwarteten bzw. beförderten Konflikt ungünstig – im Sinne der Herrschaft – beeinflussen konnten, mußten möglichst frühzeitig gelöst oder ihre Folgen minimiert werden.

Der auf Herrschaftsstrukturen zielende, konfliktwissenschaftliche Ansatz gestattet es, diese Herausforderungen an das Regime vielfältig zu ergründen. Er fragt nach Ursachen, zeitlichen Abläufen, nach konfliktmindernden und konfliktverstärkenden Momenten im Verhalten verschiedener Akteure und wechselseitigen Wahrnehmungen der Herrschaftsträger und der Beherrschten, nach der inneren Dynamik des Konfliktes (bzw. der Konflikte) im Moment der härtesten Interessenkonfrontation, nach echten und vermeintlichen Handlungszwängen sowie realen Lösungswegen. Erst ein solcher Vergleich öffnet den Blick für wirklich „Systemimmanentes“, oder „Typisches“ sowie für die konkreten Besonderheiten der einzelnen Krisen¹⁶. Er wird im folgenden für 1952/53 und 1960/61 mit Schwerpunkt Kooperation SED-KPdSU in groben Umrissen versucht. Als Zeitabschnitte, die die Bezeichnung Herrschaftskrise verdienen, stellen sich die Monate November 1952 bis August 1953 mit einer akuten Phase von Ende Mai bis Juli 1953 dar. Im zweiten Fall könnte man für die Zeit von Herbst 1960 bis zum September 1961 von einer Krise sprechen, die eine akute Phase von etwa Mitte Juni bis zum 13. August 1961 einschloß. Die Zeitabschnitte sind für das zweite Beispiel weniger exakt bestimmbar

¹⁵ Siehe Offe, Krisen, S. 197.

¹⁶ Ein noch immer aktuelles Plädoyer für Vorsicht und Sorgfalt bei der Nutzung des Krisenbegriffes durch Historiker findet sich bei Starn, Aspekte.

als für das erste¹⁷. „Akut“ bedeutet für die Beispiele nicht „im gleichen Maße bedrohlich“.

2. Vergleich der Ausgangslagen

In den Ausgangslagen der Krisen lassen sich Gemeinsamkeiten feststellen. Sie charakterisieren die für die gesamte Konsolidierung der DDR-Herrschaft in den fünfziger Jahren typischen Probleme. Sowohl 1952/53 als auch 1960/61 hatte es die SED mit erheblichen Wirtschaftsproblemen zu tun, die nicht nur aus dem beabsichtigten sozialen Umbruch erwachsen, sondern teilweise in Kriegsfolgelasten begründet waren, sich längerfristig herausgebildet hatten, dann allerdings durch strukturelle Eingriffe noch verschärft und akut wurden. Zu Beginn der fünfziger Jahre hatte eine disproportionale, kapitalarme, materiell geschädigte und von Reparationsleistungen belastete, akkumulationsschwache Volkswirtschaft erhebliche Investitions- und Arbeitskräfteprobleme. Erschwerend kamen immer wieder zusätzliche Forderungen aus Moskau hinzu, die die volkswirtschaftliche Regulierung erschwerten und eine kurzfristige Umgewichtung bei Energieträger-, Rohstoff- und Spezialmaterialzuteilungen erforderlich machten. 1954 wurden die restlichen Reparationen erlassen. Noch Ende der fünfziger Jahre herrschte eine Vielzahl an Problemen: volkswirtschaftliche Ungleichgewichtung, überalterte Industrieanlagen in traditionellen Zweigen, angespannte Arbeitskräftelage, Rohstoffprobleme, Außenhandelsschwierigkeiten. Sie führten nach einem kurzen Wirtschaftsaufschwung (1958/59) in ein unerwartetes Absinken der Wachstumsraten. Der Siebenjahrplan (1958–1965) ging von völlig überzogenen Erwartungen aus. „Versorgungslöcher“ bestimmten den Alltag. Als dies erkannt wurde, war es für einen krisenverhindernden Politikwechsel zu spät.

Bei aller Ähnlichkeit der Ausgangslagen mußten die Lösungen der Wirtschaftsprobleme und mithin die denkbare Abwendung herrschaftsbedrohender Entwicklung 1952/53 und 1960/61 unterschiedlich sein. Im ersten Fall bedurfte es erheblicher Korrekturen in der mittelfristigen Investitionspolitik, ebenso rascher wie konzentrierter Schwerpunktverlagerungen innerhalb der Industrie, sofortiger Entlastungen des Haushaltes bei gleichzeitiger gezielter Verbesserungen in der Lebensmittel- und Konsumgüterbereitstellung. Im zweiten Fall war eher an mittel- und langfristige sinnvolle Abstimmungen bei den Investitionen und damit an eine Rücknahme überzogener Wachstumsvorstellungen zu denken gewesen, wobei kurzfristig der Facharbeiterschwund zu minimieren war. Der Handlungsdruck in Wirtschaftsfragen war zu Beginn der ersten Krise (Ende 1952) stärker als der zu Beginn der zweiten Krise (Mitte 1960), was es auch besonders schwierig macht, im zweiten Fall diesen Beginn zeitlich zu fixieren. Faktisch ergab sich hier eine dramatische Zuspitzung der Lage erst infolge einer plötzlichen außenwirtschaftlichen Veränderung – des Stops im innerdeutschen Handel.

In beiden Fällen ging den Krisen eine Zäsur in den gesellschaftskonzeptionellen Verlautbarungen der Staatspartei voraus. Und für beide Fälle findet sich in der

¹⁷ Lemke, Berlinkrise, S. 69 f., zufolge eskalierte die zweite „Systemkrise“ sogar erst nach dem Mauerbau.

Fachliteratur die Behauptung, dieser sogenannte Kurswechsel (der in beiden Fällen keiner war) hätte die Krise ausgelöst¹⁸. Gemeint ist die Verkündung der Losung vom „Aufbau des Sozialismus“ auf der 2. SED-Parteikonferenz im Juli 1952 und die Verkündung der Losung „Der Sozialismus siegt“ auf dem 5. SED-Parteitag im Juli 1958. Faktisch ging es beide Male um das gleiche, nämlich darum, die abschließende Phase der Sozialisierung nach sowjetischem Vorbild und damit vor allem die Kollektivierung der Landwirtschaft in Angriff zu nehmen.

Für beide Fälle gilt: Weder die Losung noch die unmittelbar folgenden Unternehmungen im Geiste der Losung destabilisierten die SED-Herrschaft in einem für sie gefährlichen Maße. Ausschlaggebend war, daß vergleichsweise „weiche“ Fristen gesetzt und vage Formulierungen gewählt wurden. 1952 war dieses Verhalten der SED-Führung vor allem sowjetischen Vorgaben geschuldet, wobei noch unklar ist, ob es eher Stalins außenpolitischer Verunsicherung oder aber seiner Erfahrung mit Widerständen im eigenen Land anzurechnen ist, daß er Ulbrichts Elan dämpfte. Die auslegbare Formulierung von 1958, wonach der Sozialismus „in den nächsten Jahren zum Sieg zu führen sei“, dürfte bereits der eigenen Vorsicht der SED-Spitze entsprungen sein. Eine Abstimmung mit Moskau muß es natürlich gegeben haben¹⁹.

Die zweite Losung beinhaltete faktisch noch eine zweite Komponente. Neben der Sozialisierung in der Landwirtschaft wurde am Ende des Jahrzehnts ansatzweise eine industrielle Modernisierung ins Auge gefaßt, die die Landwirtschaftsproblematik regelrecht zweitrangig werden ließ. Die blockweit gestellte „ökonomische Hauptaufgabe“, in den Grundkennziffern des materiellen Lebensniveaus den Westen bis 1961 zu überholen, verstanden einige SED-Wirtschaftsfunktionäre als Chance, in diesem kurzen Zeitraum die sowjetische Seite zu innovativem wirtschaftlichem Beistand zu bewegen. Das Jahr 1961 wurde damit nicht nur im Propagandabereich sondern auch in der herrschaftsinternen Orientierung zu einer symbolischen Größe, einem politischen Zielpunkt mit Eigendynamik, den zu verfehlen stärker delegitimierend und desorientierend wirken konnte als die Unzufriedenheit bestimmter sozialer Gruppen. Zugleich wurde an einer volkswirtschaftlichen „Generalperspektive“ für die Zeit bis 1975 gearbeitet, die im Verständnis von 1960/61 die rasche Beseitigung des noch vorhandenen Privateigentums in Handwerk und Industrie implizierte. Hier spielte der Termin Ende 1961 eine untergeordnete Rolle²⁰. Die SED erarbeitete einen vermeintlichen Ausweg aus der angespannten Wirtschaftslage, der immerhin noch von einem volkswirtschaftlichen Wachstum von sechs bis sieben Prozent für die Jahre bis 1965 ausging. Die Krisenprävention orientierte sich also nicht so sehr an der internen Problemlage als vielmehr am Wettbewerb mit der Bundesrepublik. Wie auch immer, in beiden Fällen waren die DDR-Bürger von der neuen politischen Losung zwar alarmiert, doch trieb sie das noch nicht in Massen dazu, „mit den Füßen abzustimmen“.

¹⁸ Siehe bezüglich 1952/53 Kowalczyk/Mitter/Wolle, Tag X; Wilke/Voigt, Neuer Kurs, S. 27.

¹⁹ Im Unterschied zum Agieren Moskaus 1952/1953 lassen sich über die sowjetische Einflußnahme auf die DDR-Gesellschaft und über eine Kooperation SED-KPdsU in Sachen Sozialisierung für das Ende der fünfziger Jahre aufgrund von Quellenmangel nur allgemeine Aussagen machen.

²⁰ Siehe Roesler, Wende, S. 172f.

Anhand der DDR-Geschichte läßt sich nicht studieren, wie sich die Bevölkerung, namentlich die Bauern, im Falle sehr langsamer Gewöhnung an sich ausweitende „sozialistische Produktionsverhältnisse“ verhalten hätte, etwa nach dem 1956 von Kurt Vieweg vorgelegten Kollektivierungsmodell, das auf mehrere Jahrzehnte angelegt war. Indes, in beiden Krisenfällen belegen die Quellen einen herausragenden Delegitimierungseffekt erst im Ergebnis einer erneuten politischen Entscheidung der Herrschenden: Einmal nach sechs Monaten, beim zweiten Mal nach 16 Monaten entschied die SED-Führung ganz plötzlich, das Tempo anzuziehen und zu härteren Maßnahmen überzugehen. Erst dies löste – nicht unerwartet – krisenhafte Konflikte aus.

3. Erste Wahrnehmungen der SED und ihre Grundeinstellung auf die Herausforderung

Die Entscheidungshintergründe für die *Forcierung des sozialen Umbruchs* waren 1952 und 1960 verschieden. 1952 war die Forcierung Teil des einsetzenden Krisenmanagements; sie erwuchs unmittelbar aus der Wahrnehmung eines beachtlichen Finanzdefizits und einer sich abzeichnenden extremen volkswirtschaftlichen Notlage. Die SED-geführte Regierung reduzierte auf sowjetischen Rat Sozialleistungen, senkte über die zentrale Versorgung das ohnehin nicht hohe Ernährungs- und Versorgungsangebot. Der eigenen Klientel, der Arbeiterschaft, verlangte die SED beachtliche Lohneinbußen ab. Schließlich sollte der Agrarsektor stark zur Kasse gebeten werden, wobei sogar größere Produktionseinbußen und soziale Spannungen auf dem Lande in Kauf genommen wurden. Das Anliegen, die Probleme über einen Generalangriff auf die ländlichen Eigentumsstrukturen mit lösen zu wollen, nahm unmittelbar vor der Frühjahrsbestellung 1953 Gestalt an²¹. Es war finanzpolitisch von Anfang an fragwürdig, wurde aber politisch-ideologisch rasch aufgeladen. Hinter all diesen Schritten, die – bis auf die Kollektivierung – als Not- und Übergangsregelungen gesehen wurden, stand die feste Annahme, die Sowjetunion würde den Produktionsrückgang mit zusätzlichen Lebensmittellieferungen abfangen helfen, sich zu Mäßigung in Reparationsforderungen und Rüstungsaufträgen überreden lassen und grundsätzlich zu planvollem Handelsverkehr übergehen, womit die DDR-Volkswirtschaft erheblich entlastet und offene Konflikte vermieden würden.

1960 mußten zunächst keine solche Kompensationsmöglichkeiten ausgedacht werden, denn es bestand keine solche Not des Regimes. André Steiner sprach von einer Wachstumseuphorie, genährt von den hohen Zuwachsraten der vorangegangenen Jahre²². Die Wirtschaftslage ermutigte die „Sozio-Destabilisierer“. Während die Forcierung der Kollektivierung 1952 eindeutig als Fehlentscheidung während einer bereits existierenden Bedrohung zu qualifizieren ist, kam es zum „sozialistischen Frühling“ 1960 angesichts einer vermeintlichen Sicherheit, d.h. noch „normaler“, nicht akuter Destabilisierungseffekte. Die Aufkündigung des innerdeutschen Handelsabkommens durch die Bundesrepublik im September 1960 dramatisierte

²¹ Die These, es sei der SED-Führung um eine Vollkollektivierung noch im gleichen Jahr gegangen, ist nicht ausreichend mit Quellen unterlegt.

²² Steiner, DDR-Wirtschaftsreform, S. 40.

die Situation. Sie wirkte schockartig und nötigte die SED, über Investitionskonzepte im volkswirtschaftlichen Gesamtzusammenhang neu nachzudenken. Vor dem Hintergrund der bereits begonnenen Forcierung der Kollektivierung löste diese politische Verunsicherung eine sprunghafte Verschärfung der Spannungen zwischen Herrschenden und Beherrschten aus.

Bereits zu Jahresbeginn 1960 war die kurzzeitige Wirtschaftseuphorie in die Erkenntnis umgeschlagen, daß die „ökonomische Hauptaufgabe“ so ohne weiteres nicht zu erfüllen war. Warum sich Ulbricht unter diesen Umständen zum sogenannten „sozialistischen Frühling“ entschloß, ist klärungsbedürftig. Die unmittelbaren politischen und volkswirtschaftlichen Risiken mußten ihm klar gewesen sein. Daß Ulbricht und andere maßgebliche Kräfte grundsätzlich bei der Vollkollektivierung und damit beim geltenden Moskauer Dogma blieben, liefert nur einen Teil der Erklärung. Offen bleibt, warum kurzfristig – allen Erfahrungen von 1953 zum Trotz – erneut „die Zügel angezogen“ wurden. Vier Hypothesen seien formuliert:

1. Ulbricht schätzte die Summe aller sozialen und politischen Bedrohungsfaktoren im Vergleich zu 1952/53 als harmloser ein, so daß er das Risiko für die politischen Folgen einer Kollektivierungskampagne als vergleichsweise gering bewertete.
2. Erwartete positive Effekte (etwa die Freisetzung von Arbeitskräften) wogen in seinen Augen den Vertrauensverlust auf (was allerdings nur bei geschlossener Grenze Sinn machte).
3. Für ihn war der 17. Juni 1953 nicht hauptsächlich durch den Unmut in der Bauernschaft hervorgerufen (womit er recht hatte).
4. In außerwirtschaftlichen, etwa außenpolitischen, Zusammenhängen schien ihm ein Treuebeweis gegenüber Moskau extrem wichtig.

Zu berücksichtigen ist die andere Ausgangslage. Der Kollektivierungsgrad in der Landwirtschaft hatte vor Beginn der zweiten Krise bereits etwa 50 Prozent erreicht. Vor der ersten Krise, also Ende 1952, lagen gerade einmal 3 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche in Händen von Produktionsgenossenschaften. Die bessere Ausgangssituation mag Walter Ulbricht bestärkt haben, die Vollkollektivierung 1960 rasch in Angriff zu nehmen. Später brachte er die Bemühungen um die Kollektivierung als Argument für die Durchsetzung einer neuen RGW-Arbeitsteilung vor, die eine ausreichende Versorgung der DDR sicherstellen sollte. Es ist nicht auszuschließen, daß ein solches Kalkül frühzeitig mitschwang. Offensive und defensive Motive ergänzten wohl einander. Allerdings weisen die Quellen auch auf eine Besonderheit hin: Der „sozialistische Frühling“ entwickelte im Sommer 1960 aus der Initiative lokaler SED-Funktionäre heraus ein für die Parteiführung unerwartetes Tempo, auf das sich letztere dann einließ. Die herrschaftsinternen Sachzwänge sind noch nicht hinlänglich untersucht. Krisenrelevant war, daß die Destabilisierungsfolgen der Aktion wenige Monate später, wie erwähnt, durch eine außerwirtschaftliche Extremlage potenziert wurden. 1952 und 1960 gestalteten sich die zeitlichen Zusammenhänge von Agrarsozialisierungsschub und volkswirtschaftlicher Notlage also in gewisser Weise spiegelverkehrt.

In beiden Fällen verstärkten sich im Verlauf der Krise die Delegitimierungseffekte, im ersten Fall rascher als im zweiten. Die Bevölkerung verließ in ungewohnten Größenordnungen das Land. In beiden Fällen waren mit Einsetzen der Forcierung des Sozialumbruches die Bauern verständlicherweise die am heftigsten angegriffene, am meisten mental verunsicherte Gruppe. Insgesamt erfaßte der Flücht-

lingsstrom aber alle Schichten. Und er reichte weit in die soziale Basis der SED, ihre Rekrutierungskreise und Klientel hinein. Mehrfach ist bereits dargestellt worden, daß die Fluchtbewegung aus der DDR Mitte der fünfziger Jahre größere Zahlen schrieb als eingangs der sechziger Jahre, d.h. als die Monate, die wir hier als Krise beschreiben²³. 1955 waren die monatlichen Fluchtzahlen auch höher als im November und Dezember 1952, ohne daß sie eine manifeste Krise auslösten. Daraus folgt, daß Fluchtzahlen für sich genommen – zumindest in den Größenordnungen der fünfziger Jahre – zwar ein wichtiges, aber kein alles entscheidendes Kriterium für eine akute Herrschaftskrise des SED-Regimes waren. Sie sind im Kontext allgemeiner Protesthaltung und deren Analysen durch das Regime zu bewerten²⁴.

In den hier untersuchten Fällen hatte der Unmut verschiedene konkrete Ursachen, Anlässe und Formen. 1953 kam zu einer längerwährenden, komplex verursachten Unzufriedenheit mit der materiellen Lebenslage die Erfahrung drastischer Verschlechterung für alle Schichten hinzu. Zu Beginn der Dekade war die Lebensqualität ohnehin sehr niedrig, sie hatte im gesamtgesellschaftlichen Rahmen das Vorkriegsniveau noch nicht erreicht. 1961 ergab sich der Unmut aus einer partiellen Verschlechterung der Lage für bestimmte Bevölkerungsteile. Die von der Sozialisierung betroffenen Bauern und die in ihren regulären Westbesuchen zunehmend behinderten Berliner und Brandenburger bildeten die aufbegehrende „Spitze des Eisberges“ der Unzufriedenen. Vor dem Hintergrund recht spürbarer Verbesserungen in den Jahren zuvor auf der einen und einer sichtbaren Differenz zum Wirtschaftsaufschwung in der Bundesrepublik auf der anderen Seite sorgten akute Versorgungsprobleme für Mißstimmungen. Beide Konfliktsituationen sind ein Beispiel für die außerordentliche Bedeutung der Versorgungslage der Bevölkerung als zentralem Problem sozialistischer Herrschaftssicherung. Zugleich belegen beide Beispiele auch, daß die Zuspitzung der Versorgung im Kontext angekündigter oder vollzogener Enteignungsaktionen besondere politische Sprengkraft entwickelte.

Zugleich waren sowohl 1952/53 als auch 1960/61 die (hier in ihrer Qualität als prekäre soziale Lage etwas verkürzt) dargestellten Phänomene in sich differenziert. Etwa in Lohnangelegenheiten, aber auch allgemein hinsichtlich Erwerb und Wohlstand gab es keinen gleichmäßigen Einbruch. Die Breitenwirkung der Wirtschaftsprobleme auf die Bevölkerung war 1952/53 größer. Die Unmutsäußerungen waren in der ersten Krise auch massiver als in der zweiten. 1960 protestierte vor allem das Dorf. Das ländliche Protestpotential war dabei 1953 und 1960/61 in etwa gleich, nur war der Aktivierungsgrad der protestierenden Bauern 1953 niedriger, was in der kürzeren Zeitspanne bis zur Konfliktlösung begründet lag. Streiks und innergewerkschaftlicher Protest der Arbeiterschaft gegen die Einführung unbeliebter Lohnregelungen kennzeichneten die erste Krise, nicht aber die zweite. Die Intellektuellen verhielten sich in beiden Fällen sehr gemäßigt oppositionell; 1961 war unter ihnen der Anteil derjenigen, die regimekonforme Hoffnungen hegten, größer.

In beiden Fällen wäre es völlig falsch, der SED-Führung politische Instinkttlosigkeit vorzuwerfen. Sie war sich des zunehmenden Vertrauensschwundes und der Brisanz der Lage durchaus bewußt. Dennoch gab es Unterschiede in der Grundeinstellung. Die Staatspartei begegnete den Herausforderungen 1952/53 und 1960/61

²³ Siehe beispielsweise Heidemeyer, Flucht.

²⁴ Siehe Major, Aspekte; Ross, Sonst sehe ich mich.

mit einem unterschiedlichen Verhalten zu dem sich abzeichnenden Konflikt. Das verwundert nicht, denn abgesehen von den Unterschieden in der realen Bedrohung fehlte 1953 noch die Erfahrung der Erschütterung. 1960/61 konnte die SED-Führung auf den 17. Juni und – über die Landesgrenzen hinaus – auf das Jahr 1956 zurückblicken. In der ersten Krise legte sie es – anders als dann gegen Ende der fünfziger Jahre – auf politische Konflikte mit bestimmten Teilen der Bevölkerung regelrecht an. Dies hatte mit den wirtschaftlichen Schwierigkeiten nicht direkt zu tun, verwob sich aber mit ihnen – zumindest in den Augen der Betroffenen – zu einem dramatischen Szenario. Gemeint sind die Angriffe der SED-Führung auf die Kirchen und insbesondere deren Jugendarbeit sowie die Kriminalisierung der Verweigerungshaltung unter wirtschaftsstärkeren Bauern. Ideologische Verhärtungen unter den SED-Mitgliedern begleiteten die Kampagnen. In diesem Zusammenhang entwickelte die SED vor und während der Zunahme der Bedrohung 1953 eine stärkere Bereitschaft, die Abwanderung bestimmter sozialer und politischer Kräfte zu tolerieren. Ja, in gewissem Maße erwartete sie davon sogar eine Entspannung. Die zweite Krise stellte, wie bereits gesagt, weit weniger Bedrohung dar, doch vermied die SED Ende der fünfziger Jahre darüber hinaus sinnlose Kraftproben ohne Bezug zu ihrem Umbruchvorhaben. Das Verhältnis zu den Kirchen verschlechterte sie nicht. Für den Mittelstand war mit der staatlichen Beteiligung zuvor schon ein hinreichend akzeptiertes Integrationsmodell gefunden worden.

4. Akutes Krisenmanagement und Außenpolitik

Zwei wesentliche Unterschiede zeigen sich – neben der unterschiedlichen Grundhaltung der SED zum beginnenden Konflikt – bei der Analyse des akuten Krisenmanagements von 1952/53 und 1960/61. Sie betreffen einerseits das Verhältnis der SED zur Besatzungsmacht, zum Blockhegemon und zur KPdSU und damit die außenpolitische Aktivität des Regimes im Kontext der Krise, andererseits das Verhältnis zur eigenen sozialen Klientel. In der Krise von 1952/53 hatte beides ganz eng miteinander zu tun.

Eine vergleichende Betrachtung zum Krisenmanagement der SED bedarf ganz besonders für die extrem kritischen Momente des Konfliktes einer Einbettung in deutschlandpolitische Entscheidungsprozesse in Moskau. Die zweite der hier behandelten SED-Herrschaftskrisen fand vor dem Hintergrund einer akuten deutschlandpolitischen Krise in den Beziehungen der Siegermächte statt. Das kann so für die erste nicht gesagt werden, wenngleich auch hier Entscheidungsdruck gepaart mit Orientierungsnot bestand und insbesondere von der sowjetischen Führung empfunden wurde. Bereits auf den ersten Blick wird deutlich, daß die SED gegen Anfang und Ende der fünfziger Jahre in unterschiedlichem Maße informiert und eingebunden war. Dies ergab sich nicht zuletzt aus dem eingangs erwähnten unterschiedlichen völkerrechtlichen Status des ostdeutschen Staates und war zugleich Ausdruck eines anderen Verhältnisses zwischen KPdSU und SED, das wiederum auf einem unterschiedlichen Stand der außen- und deutschlandpolitischen Nachkriegsentwicklung aufbaute.

Anfang 1953 sorgten außenpolitische Orientierungsprobleme in Moskau für zu späte Kommunikation mit der extrem abhängigen und unerfahrenen SED, für Ab-

sagen an erste Hilferufe und für unklare Handlungsvorgaben. Die mitverschuldeten Spannungen schließlich richtig deutend, modifizierte die Siegermacht dann nicht nur ihren Ratschlag für die SED, sondern auch ihre Deutschlandpolitik. Diese wiederum floß in Teilen in ihr Programm der innenpolitischen Stabilisierung der DDR ein. Eine solche enge Verknüpfung ergab sich aus der grundsätzlich noch immer auf der Einheitsoption aufbauenden Politik Moskaus in der deutschen Frage. Unter Stalins Nachfolgern blieben aber sowohl die Anhänger einer gesamtdeutschen Lösung als auch die Protagonisten einer fortgesetzten Teilung Deutschlands ausgesprochen unsicher.

Die SED-Führung erfuhr 1953 weder von den deutschlandpolitischen Debatten noch von den Krisenbetrachtungen im Kreml. Die einerseits von Moskau heraufbeschworene, andererseits selbstbestimmte Hörigkeit der ostdeutschen Kommunisten schadete ihnen bei der Wahrnehmung des Konfliktes im eigenen Land, verhinderte Krisenprävention. Bei intensiver Konsultation hätte auch der entscheidende Schwachpunkt der verspäteten, aber immerhin in Angriff genommenen Korrektur in Form des „Neuen Kurses“ gemeinsam behoben werden können.

Auch das Berlin-Ultimatum 1958 war Ausdruck konfuser Positionierungsversuche des Kremls in der Deutschlandfrage; es war mit der DDR-Führung nicht abgestimmt. Wenn, wie vermutet wird, Chruschtschow das Berlin-Ultimatum ausgesprochen hatte, nicht nur um welt- und europapolitische Verhärtungen aufzubrechen, sondern auch, um die mittlerweile erschlaffte hegemoniale Kontrolle im Block erneut zu festigen²⁵, dann war die Aktion auch im Hinblick darauf kontraproduktiv. Im weiteren Verlauf der Ereignisse, insbesondere ab 1960, vermochte es die SED um Walter Ulbricht nämlich, sich als wichtiger deutschlandpolitischer Akteur in den Ostblock-Gremien zu etablieren und auf rationale Entscheidungen zu drängen. Aus Sicht der SED war es wichtig, eine dauerhafte Lösung zu finden. Schließlich erwirkte Ulbricht eine sowjetische Verpflichtung, spätestens bis 1961 eine „Lösung“ zu erreichen. Auch die Blockpartner sahen das für sinnvoll und machbar an. Die SED-Führung arbeitete an der Einlösung dieses Versprechens aktiv mit und durchlebte gleichzeitig innere Auseinandersetzungen um die volkswirtschaftlichen und politischen Folgen der unterschiedlichen, möglichen Problemlösungen. Die Ankündigung eines Friedensvertrages für Ende 1961, der mit der „Frontstadt“ West-Berlin Schluß machen würde, ließ freilich auch die Fluchtzahlen zusätzlich ansteigen. In mehrfacher Hinsicht gerieten also SED und KPdSU als Partner in einer außenpolitischen Krise durch die zeitliche Fixierung auf die Lösung noch im Jahre 1961 in Zugzwang. Doch der das innere Konfliktmanagement in der DDR mitbestimmende Vorsatz war und blieb ein die Kooperation förderndes, disziplinierendes Ziel; es duldete gemeinsame Modifizierungen, nicht aber Übertreibung im Stil des „Neuen Kurses“.

Die konkreten Details der Kooperation – auch historisch zufällige – lassen den Historiker so gut wie keine Gleichheitszeichen im konkreten Krisenmanagement setzen. Die Fluchtwelle von Januar/Februar 1953 beunruhigte die SED-Führung noch nicht, schienen sich doch vor allem solche „davonzumachen“, die der Sozialismus nach gängigem sowjetischen Modell ohnehin nicht gebrauchen konnte. Zu-

²⁵ So Filitov, Die Entscheidung zum Mauerbau. Genau entgegengesetzt argumentiert Wettig, Die UdSSR.

gleich sah sie – vor allem infolge von aufgenötigter Rüstungsproduktion – extreme volkswirtschaftliche Belastungen auf sich zukommen. Ihre umfängliche Lageanalyse stieß in Moskau auf taube Ohren. Von dort erhielten Pieck, Grotewohl und Ulbricht lediglich den Rat, Lohn- und Verwaltungskosten einzusparen und im Sozialbereich Leistungen abzubauen. Während Moskau in Sachen *Krisenprävention* untätig blieb, machten sowjetischen Berater in Berlin die SED-Führung zunächst traditionsgemäß auf eine gewisse Mißstimmung unter Intellektuellen aufmerksam. Die sowjetische Kontrollbehörde war funktional gestört, erkannte die reale Bedrohung nicht und leitete einzelne Signale noch nicht einmal weiter. Als das Ausmaß der „Abstimmung mit den Füßen“ zunahm, hoffte die SED noch immer auf materielle Hilfe aus der Sowjetunion.

Die fortgeschrittene Krise machte diese nun bereits als dringende Hilfe im *akuten Krisenmanagement* nötig. Die von Moskau gewährte materielle Hilfe vom April 1953 bot jedoch keine hinreichende Entlastung. Die SED sah sich gezwungen, weiterhin zu Lasten der ohnehin schlechten Versorgung mit Lebensmitteln und Konsumgütern zu entscheiden und Lohnforderungen eine Absage zu erteilen. Großbauern- und mittelstandsfeindliche Stimmungen erhielten, genährt durch sowjetische „Beratung“, weiteren Auftrieb. Erst sowjetische Geheimdienstmeldungen über abnorme Flüchtlingszahlen, Streiks und wachsende Anti-SED-Stimmung in allen Schichten sorgten im Mai 1953 in Moskau für eine Thematisierung der politischen Lage in der DDR²⁶.

Auch Ende 1960 war die enorme Fluchtbewegung offensichtlich. Klarer begann sich das volkswirtschaftliche Dilemma mit seinen momentanen Bedrohungen (Stopp im innerdeutschen Handel) abzuzeichnen. Die Arbeitskräfteeinbußen wurden von der SED zu Recht nicht als existentielle Bedrohung für die Verhältnisse gesehen, gleichwohl als dringendes Problem erkannt²⁷. Die Verwirklichung des Siebenjahrplanes blieb zwar fraglich, aber ein unmittelbarer volkswirtschaftlicher Kollaps war nicht zu befürchten und wurde nicht befürchtet. Dafür waren die Aussichten höchst unklar. Ende Juni 1961 glaubte man noch mit den prognostizierten Verlusten bis 1965 eine Planvariante aufstellen zu können. Und es lag auf der Hand, daß ein Stopp des Flüchtlingsstromes das Arbeitskräfteproblem nicht vollständig lösen würde, da es sich zum erheblichen Teil um ein Planungs- und Lenkungsproblem handelte, das auch natürliche demographische Trends beinhaltete. Zugleich geriet die Krise des gesamten Planungssystems ins Bewußtsein der SED-Wirtschaftseliten. Über diese Probleme informierte die SED-Führung die Moskauer Genossen, die die Nachrichten allem Anschein nach besorgt aufnahmen²⁸. Das „Schlupfloch Westberlin“ sollte gestopft werden, doch bis Juli 1961 war das von der SED als Bestandteil umfassender Grenz- und Friedensvertrags-Vorverhandlungen (vorzugsweise separate ostdeutsche) avisiert, nicht als eine dauerhafte „Mauerlösung“. In dieser Zeit stellte eine Grenzschießung weder in der Vorstellung der SED noch de facto *den* Ausweg aus den Schwierigkeiten dar. Auch in Moskau sah man das so.

Für die zweite Krise ist vermutet worden, daß die Fluchtstimmung von einigen

²⁶ Siehe Scherstjanoi, In 14 Tagen.

²⁷ Siehe Roesler, Arbeitskräfteknappheit.

²⁸ Die Konkreta sind für 1960/61 dokumentarisch weniger gut belegt als für 1953. Siehe Lemke, Berlinkrise, S. 63–69; Steiner, Vorstellungen; ders., Weg.

führenden Positionsträgern der SED Ende 1960 absichtlich angeheizt wurde, etwa mit verschärften Maßnahmen gegen Pendler und mit einer Pressekampagne gegen Werber und Fluchthelfer, um Moskau zum Handeln zu drängen. Nachzuweisen ist eine solche Stimmungsmache nicht. In der SED-Führung war man sich der Tatsache bewußt, daß die Einschränkungen für Pendler kurzfristig eine Verschärfung der Lage hervorrufen würde. Der Schritt war mit der sowjetischen Seite abgestimmt. SED-Führung und Parteifunktionäre blieben – bei aller Delegitimierung in der gesamten Bevölkerung – handlungsfähig. Alles in allem ist für Ende 1960/Anfang 1961 von einer gemeinsamen Inkaufnahme der politischen Destabilisierung – in vermeintlich überschaubaren und beeinflufßbaren Ausmaßen natürlich – auszugehen, im Unterschied zu einem verhängnisvollen Bagatellisieren der Lage ohne Ausgleichsversuche im Frühjahr 1953.

Die Forschung hat bislang keinen allgemein akzeptierten Maßstab für die Bewertung einer *akuten Bedrohungssituation* entworfen. Geht man von *extrem raschem Korrekturbedarf* aus, so trat der im ersten Fall nach der Verkündung des „Neuen Kurses“ bei fortgesetzter Ignoranz gegenüber den Forderungen der Arbeiter Ende Mai 1953 ein. Die Krisenprävention war mißlungen. Nun trieb die (nach Stalins Tod) neue KPdSU-Führung die SED-Führung zu einschneidenden und raschen Korrekturen, zum „Neuen Kurs“. Auf das Krisenmanagement wirkte sich diese plötzlich aufgenötigte Wende ungünstig aus, denn die überraschte und hilflose SED-Spitze verstrickte sich in internen Streit um konkrete Schritte und um personelle Konsequenzen. Dies verschärfte die Lage nur noch mehr. Die Masse der SED-Mitglieder war desorientiert. Schließlich aber wurde ein herrschaftspolitischer Lapsus zum Auslöser des offenen Protestes. Hatte sich die SED bereits in Vorfeld und Anfangsphase der Krise bezüglich ihres Verhältnisses zur Arbeiterschaft gefährlichen Illusionen hingegeben, so ging die sowjetische Kurskorrektur auf Arbeiterinteressen und -stimmungen überhaupt nicht ein. Die SED-Führung hatte den Normen-Konflikt zwar im Blick, doch das ihr von Moskau auferlegte Krisenmanagement führte zur Irritation. SED und sowjetische Berater in Deutschland scheiterten gemeinsam mit ihren ungenügenden, nicht kooperativ abgestimmten Stabilisierungsversuchen. Der offene Ausbruch der Revolte wurde nicht verhindert.

Anfang 1961 spitzte sich die Lage dramatisch zu, als die vorhandenen Konflikte zusätzlich durch Propaganda verstärkt wurden und die Fluchtbewegung dramatische Ausmaße annahm. Während aber die Eskalation der Ereignisse 1953 eine führungsunfähige SED-Spitze vorfand, die von einer – das Handlungszepter vollständig ergreifenden – Besatzungsmacht dann noch über Gebühr gegängelt und gedemütigt wurde, bestimmte Walter Ulbricht 1961 die Richtung des Krisenmanagements deutlich mit. Er war es, der mit verschiedenen Argumenten in Moskau und in den politischen Gremien des Warschauer Vertrages auf Entscheidungen drängte und intern für verschiedene Vorbereitungen sorgte.

1953 war der politische Zusammenbruch der DDR, der für die Sowjetunion zugleich den Verlust ihres deutschlandpolitischen Faustpfandes bedeutet hätte, nur noch durch sowjetische Panzer zu verhindern. Sie sollten die bereits vor der Eskalation avisierte Problem- und Konfliktlösung garantieren und zusätzliches Krisenmanagement ermöglichen. Sie taten dies auch, und zwar nach wie vor unter unbestimmten deutschlandpolitischen Vorzeichen. Erst Wochen nach dem 17. Juni hatte sich im Kreml eine Linie durchgesetzt, die Wiedervereinigungs-Chancen vorerst

nicht erwartete, auf längere Fristen gesehen aber gewisse Gestaltungsmöglichkeiten sah. Eine vergleichbare Gefahr für das SED-Regime als Unterpfand sowjetischer Politik bestand 1961 nicht. Daran hatte Ulbricht durch fortgesetztes, aktives Interessenclearing erheblichen Anteil. Auch ein gesamtdeutscher Friedensvertrag (den Ulbricht als die schlechtere Variante ansah), hätte keine die SED-Herrschaft im Osten sofort in Frage stellenden Klauseln gehabt.

Nach allem, was an Quellen dazu bisher zusammengetragen werden konnte, war der Bau der Berliner Mauer 1961 einer von mehreren, in Moskau und in Ostberlin in Betracht gezogenen Auswegen – und dazu ein erst recht spät in Betracht gezogener Ausweg – aus einer Lage, die sich aus sozialen und politischen Destabilisierungen in der DDR und außenpolitischen Unklarheiten um deren Zukunft ergeben hatte. Die Details der politischen Entscheidung zum Mauerbau sind der Forschung noch nicht zugänglich. Quellen belegen, daß Ende Juli 1961 administrative Maßnahmen gegen die Fluchtbewegung ins Auge gefaßt und verschiedenen realisierbare Varianten vorbereitet wurden, die in die Bemühungen um einen Friedensvertrag eingebunden sein sollten. Minimalkonsens bestand darin, den Ostteil der Stadt unter Bruch alliierter Regeln demonstrativ in die DDR einzubinden. Warum Chruschtschow sich darauf einließ, ist keinesfalls geklärt. Vermutlich erschien ihm dies angesichts weit ernsterer Konflikte in der Karibik als ein angemessener, notfalls korrigierbarer, zugleich beeindruckender Schritt, nachdem wieder einmal geklärt war, daß die USA in Europa keine Veränderung wünschten, sich nicht provozieren ließen, zugleich aber – diesen Eindruck hinterließ der junge Präsident Kennedy – gesprächsbereit waren. Es ist nicht auszuschließen, daß die Änderung des Berliner Grenzregimes 1961 als aktionistischer Zwischenschritt gedacht war (auch nach dem 17. Juni 1953 waren Überlegungen zur Verschärfung des Grenzregimes angestellt, dann aber als nicht opportun fallengelassen worden²⁹), der im Sinne des öffentlichen Versprechens, 1961 entscheidende Schritte für einen Friedensvertrag zu gehen, auszulegen war. Zugleich blieb das restliche Krisenmanagement sowohl im Hinblick auf die Deutschlandfrage (Friedensvertrag, „Freistadt Berlin“ und Kontrolle der Zufahrtswege nach Westberlin) als auch im Hinblick auf die künftige DDR-Volkswirtschaft noch offen. Die Schließung der Sektorengrenze sollte zur Konsolidierung der ostdeutschen Verhältnisse in Vorbereitung einer grundlegenden, dauerhaften Lösung der deutschen Frage beitragen. Die Mauer entstand als Herausforderung Chruschtschows und Ulbrichts an den Westen und zugleich als trügerische Garantie für den Osten, zu einem Zeitpunkt, da die außen- und innenpolitischen Ursachen der Krise noch nicht als behoben angesehen wurden. Im Sommer 1961 war sie Teil eines andauernden deutschlandpolitischen und innenpolitischen Krisenmanagements, das sowohl aus Sicht der SED als auch aus Sicht der KPdSU und der anderen „Bruderparteien“ als Übergangslösung noch offen für unterschiedliche endgültige Lösungen war. Hier lassen sich Parallelen zum Juni 1953 ziehen. Als Jahrzehntebauwerk „erwuchs“ die Mauer dann aus der Dynamik der folgenden internationalen Geschehnisse, die innerhalb einer neuartig gelagerten, längerwährenden Konfliktsituation den (Separat)Friedensvertrag und die Regelung der West-

²⁹ Siehe Dokumentation von Foitzik, Hart und konsequent.

berlin-Frage für lange Zeit von den Tagesordnungen der Diplomatie verdrängten³⁰.

Fraglos spielte die besondere Zuspitzung der Arbeitskräftesituation „die entscheidende Rolle für die Begründung des Mauerbaus“³¹. Ob aber auch als entscheidender Auslöser der nachweislich kurzfristigen Beschlußfassung, ist noch immer fraglich. Noch Ende Juni 1961 hielten DDR-Volkswirtschaftsplaner, die sehr wohl die Attraktivität des westdeutschen Wirtschaftsaufschwunges als eine der Ursachen für die rasante Fluchtbewegung erkannt hatten, andere Schritte für notwendig und sinnvoll, beispielsweise Lohnaufstockungen in volkswirtschaftlichen Kernbereichen oder soziale Anreize für Beschäftigte in Schwerpunktbetrieben³². Außerdem erwog man einen erheblichen Ausbau der Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte³³ sowie eine Erweiterung der Angebote von Frauenarbeitsplätzen³⁴. Die SPK rechnete im Juni 1961 mit einem Beschäftigtenrückgang um über 500 000 bis 1965 und einer nachfolgenden Entspannung der Situation, wenngleich klar war, daß weitere Maßnahmen in Angriff zu nehmen waren, um dem Arbeitskräftemangel hinlänglich begegnen zu können. Das Bild vom verhinderten „Ausbluten“ der DDR, das keinesfalls nur die flüchtenden Arbeitskräfte einschloß, bleibt also problematisch, sofern es den Blick darauf verstellt, wie lange man die „Blutung“ auf anderem Wege noch stillen zu können glaubte. Auch im innenpolitischen Krisenmanagement stellte der Mauerbau für die um Herrschaftssicherung bemühte SED im August 1961 nicht „die Lösung“ dar.

Abschließend ist noch einmal ein Bezug zur Sozialismuslosung herzustellen. Obgleich der 17. Juni 1953 eine extreme Herausforderung für das SED-Regime darstellte, wurden nach der Niederschlagung des Aufstandes keine generellen Abstriche an der aktuellen Losung gemacht. Zwingend war das aus Sicht der SED-Herrschaftserhaltung unter den gegebenen Bedingungen nicht. SED und Besatzungsmacht hätten auch auf die Position von vor der 2. Parteikonferenz der SED zurückkehren und die Kollektivierung für insgesamt verfrüht erklären können. Die Entscheidung traf Moskau. Bemerkenswerterweise brachte die Rücknahme – allerdings die spürbare Rücknahme – allein der Forcierungsmaßnahmen vom Herbst 1952 eine Beschwichtigung der Bevölkerung. Die Schockerfahrung mit der Armee der Siegermacht gehörte freilich mit zu den Stabilisierungsfaktoren. Sie zeitigte anhaltende Wirkungen, insbesondere in der ostdeutschen Arbeiterschaft. Der Widerspruch zwischen dem staatssozialistischen Anliegen und den individuellen Lebensentwürfen vieler Ostdeutscher blieb bestehen. Auch 1961 wurde die Losung vom abzuschließenden Sozialismusaufbau nicht verworfen. Warum auch, baute doch das Lösungskonzept der „Regime-Stabilisierer“ auf ihr auf, was voraussetzte, daß ein relevanter Teil der Bevölkerung sich mit ihr identifizieren oder zumindest arrangieren konnte. Im deutschlandpolitischen Rahmen hätte die Rücknahme wahrscheinlich sogar destabilisierend gewirkt und die internationale Krise weiter angeheizt.

³⁰ Siehe Wettig, Die UdSSR; Steininger, Mauerbau.

³¹ Steiner, Vorstellungen, S. 235.

³² Siehe Hübner, Konsens, S. 76 f.

³³ Siehe Hoffmann, Aufbau, S. 531–535.

³⁴ Siehe Hübner, Arbeiter, S. 56 f.

5. Zusammenfassung

In Ursachen, Ausmaß und Ablauf waren die Krisen 1952/53 und 1960/61 höchst unterschiedlich. Obgleich bei oberflächlicher Betrachtung der Eindruck entstehen könnte, daß sich das Krisenmanagement, insbesondere die Maßnahmen zur Verhinderung weiterer Herrschaftsdestabilisierung und – im ersten Fall- zur Abwendung des Zusammenbruchs ähnlich waren, da in beiden Fällen mit militärischen Mitteln agiert und der Herrschaftsbereich gesichert wurde, sind die Lösungen sehr verschieden gewesen. In der Logik der Ursachenanalyse müssen sie es auch gewesen sein. Zum einen war im ersten Fall die reale Gefährdung des Regimes sehr viel größer, zum anderen war im zweiten Fall die Prävention effektiver, mit einem größeren Anteil von blockinterner Abstimmung, allerdings auch mit mehr eigenständigem SED-Kalkül. Die Ereignisse 1953 waren das Ergebnis von „Herrschaftsspannen“, die von 1961 dagegen von „Herrschaftsplanung“.

Einige Erfahrungen aus der ersten Krise gingen in das Verhalten der SED im zeitlichen Umfeld des Mauerbaus ein, doch die Situationen waren so verschieden, daß keine konkreten „Lehren“ des Konflikt- und Krisenmanagements Anwendung finden konnten und mußten. Zu den wichtigsten, krisenunabhängig relevanten und lange Zeit beherzigten Schlußfolgerungen aus dem 17. Juni 1953 gehörte die bittere Erfahrung der „Regime-Stabilisierer“, daß der Bevölkerung des Landes nicht zu viel zugemutet werden durfte und daß insbesondere die Arbeiterschaft materiell zufriedenzustellen war. Zudem sollte um jeden Preis die „Geschlossenheit der Partei“ gewahrt und jede „Fehlerdiskussion“ unterdrückt werden. Zu den allgemeinen Erfahrungen gehörte ebenso, daß in und für die DDR jedes Krisenmanagement die möglichst frühe Koordinierung im Ostblock erforderte. Das Krisenmanagement 1960/61 brachte bei der SED-Führung auch ganz neue praktische Einsichten hervor: Es bestätigte SED-Forderungen nach Reformen im RGW und in den politischen Gremien des Warschauer Vertrages. Schließlich schien sich zu bewahrheiten, daß mit der Hilfe der Sowjetunion immer zu rechnen war, und daß man im Rahmen dieses Eingebundenseins in den Ostblock sogar Sonderleistungen erstreiten konnte. Für die folgende Phase der NÖSPL war diese Erfahrung ebenso wichtig wie für das neue Engagement der DDR im RGW.

